

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Sportreure zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

Inserionsgebühr
Beträgt für die fünfgespaltene
Reizzeile ober deren Raum
50 Pfennige, für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.
Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 32.

Breslau, Mittwoch, den 6. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

Von Centrums Gnaden.

Das Wetter hat umgeschlagen. Die Optimisten, die im Vertrauen auf die Erfahrungen, die das Centrum im Kulturkampf gemacht hat, einen Durchfall der Umsturzvorlage prophezeiten, haben sich wieder einmal verrechnet. Der Kuhhandel wird perfect werden, die Schacherjuden des Centrums in der Commission haben „eingeschlagen“, wie es beim P-Handel heißt. Von Centrums Gnaden wird das Umsturzgesetz zur Herrschaft gelangen.

Es war aber auch wirklich zu viel, von einer Schaar von Fledermäusen, Käuzen und Nachtulen zu erwarten, sie würden sich dem Einbruch der rabenschwarzen Finsternis widersetzen. Das Bier und Sperren der Centriumpartei war nichts Anderes als die Methode aller Cocotten, den Preis der Prostitution möglichst in die Höhe zu treiben. Gewiß, es hat auch schon hübsche Magdalenen gegeben und „schon manche, die mit Schande in diese Schranke trat, hat nachher die Welt durch edle Handlungen mit sich ausgehört“, sagt Ferdinand von Walter zur herzoglichen Maitresse. Die ganze Centriumpolitik hat sich aber von jeher, trotz aller Freiheits-Masken und Phrasen als eine Politik gekennzeichnet, die nur das eine Ziel verfolgt: die schlimmste clerikale Reaction wieder aufleben zu lassen und die alte durch den Liberalismus geschiedene Ehe von Thron und Altar zu restauriren. Was für einfältige Patrone doch unsere Liberalen sind, die einen Freudensprung machen, wenn die Regierung das Jesuitengesetz nicht aufhebt: „Der Teufel spürt das Volkchen nie und wenn er sie am Krage hätte“. Sie merken nicht, daß der Jesuitismus schon längst der deutschen Reichspolitik im Nacken sitzt und Ignaz Loyola der eigentliche Steuermann des deutschen Reichsschiffes ist, seit dem Tage, da der Weg nach Canossa beschritten wurde und die Reichsregierung, um ihre absolutistisch-militaristischen Zwecke zu verfolgen, sich immer mehr demütigte, um durch Windthorst's caudinisches Joch zu kriechen. Das Centrum — nota bene das erst durch Bismarck's Gewaltpolitik entstandene Centrum — ist längst der ausschlaggebende Factor im Reichstag; die Regierung bildet sich ein, das Centrum zu haben, und in Wahrheit ist es umgekehrt, das Centrum hat die Regierung. Und da schwadronirten die protestantischen Schwagelweiber jüngst bei der Gustav Adolf-Feier vom „Hort

des evangelischen Geistes“, der im neuen Reich erstanden sei!

Wir sind begierig, ob die Liberalen, von deren ganzem Liberalismus ja längst nur noch der Felsen Kulturpaukerei übrig blieb, noch nicht merken, für wen sie eigentlich die Kastanien der Umsturzvorlage aus dem Feuer geholt haben, und daß von dem ganzen Umsturzwummel das Centrum den Profit haben wird, sie selber aber die Schläge.

Und so weit haben sie es gebracht mit ihrer Politik des capitalistischen Egoismus, mit ihrer Byzantinerei, ihrer Compromisslust, ihrer feigen Conflict-scheu, ihrer Charakterlosigkeit, ihrem Chauvinismus, ihrer Hätschelung der Bismarckhaube und des bunten Tuches, ihrer narrhaften Anechtung Bismarck's und ihrer ebenso lächerlichen wie schönen Bewunderung seiner Gewalt- und Corruptionspolitik, mit einem Wort: mit ihrer gepriesenen „Realpolitik“. Von ihr schrieb seit einiger Zeit ein echt Liberaler alter Schlack: „Wir sind der Meinung, daß ein anstößiges Wort unserer Sprache, das Wort, das mit einem G anfängt und mit einem tt aufhört, jetzt überflüssig geworden sei, weil dasselbe durch das gleichbedeutende „Realpolitiker“ vollständig ersetzt werde. Wir wollen Euch aber nicht zumuthen, „Principienreiter“ zu werden. Wissen wir doch, daß Ihr, falls Ihr überhaupt reitet, es nur thut, um desto schneller von einem Lager ins andere, von einer Fahne zur anderen gelangen zu können. O, Ihr seid geschwinde Leute! Ihr sieht Morgens mit der Constitution auf und geht Abends mit der Despotie zu Bette, und wegen lauter Realpolitik — Ihr schwärmt vorgerstern für die „breiteste demokratische Basis“, Ihr entzündet Euch gestern über die Nationalhühnenjuppe des Koburgers, Ihr nationalvereinet heute für „das gute Recht des Augustenburger“, und Ihr küßt morgen die Kürassierstiefel Bismarck's. Fahrt nur so fort, es ist Euer Beruf. Der unfrige aber ist, die Fahne der armen Idealpolitik vor der Schmach zu bewahren, von Sakaiensfüßen in den Roth gestampft zu werden, und wenn Ihr, gemein auf die Gemeinheit speculirend, den Urtheilslosen Eure Rechtfertigungen und Lobpreisungen des Cäsarismus vorlitaneiet, immer wieder mit der unbequemen Mahnung dazwischen zu fahren, daß das Sterben eines Cato trotz alledem und alledem edler gewesen als das Leben Cäsars. — Ach, warum hat er sich in Utika todtgestochen, der „steifste Bedant“ Cato, statt sich vom großmüthigen Cäsar zum gebeiren

oder geheimsten Commerzien- oder Hofrath machen zu lassen? Vivat die Cäsaren! Es lebe die Realpolitik! Hoch das Millionarium! Freut euch des Lebens, weil noch der Humbug blüht! Sind wir nicht ungeheuer vorgeschritten? Sind wir nicht auf einer solchen Höhe der Cultur und Humanität angelangt, daß wir von Tag zu Tag mörderischere Wodwaffen erfinden? Ist unsere Politik nicht so wundervoll entwickelt, daß sie demnächst das ganze Reich in eine Caserne verwandeln wird? Wie hat der gute Giusti in seinem Meisterwert („Gingillino“, ungefähr was im Deutschen „Duchmäuser“, „Krieger“, „Schleicher“, „Nemtschnapper“, am besten vielleicht „Nationalliberaler“) von der Realpolitik geungen:

„Die Wetterwendigkeit und Gaunerei,
Die Habsucht, Feigheit und die Schwinderei,
Und noch so allerlei
Sohnschmeißern, als da sind die Schlechtigkeit
Und Niederträchtigkeit,
Sie allzumal dem Dienst des Staats geweiht.“

So weit haben sie's also gebracht mit ihrer Realpolitik, daß der alte unheilvolle Bund, die in der Hölle geschlossene Ehe von Junkerthum und Klirisei auf's Neue geschlossen, die Borussiaficirung Deutschlands in vollständige Ruffificirung entarten, und nicht allein Alles, was socialdemokratisch aussieht, sondern auch was nach Liberalismus riecht, das jagbbare Wild der Polizei und Staatsanwaltschaft sein wird.

Und wenn dann die wilde Jagd der absolutistisch-junkerlich-capitalistisch-pfäffischen Reaction eine Zeit lang getödt, zahlreiche Opfer zur Strecke gebracht und die hürgerliche Freiheit vollständig erdroffelt haben wird, dann wird die trotz Allem immer mächtiger erstarkende Socialdemokratie allein die Invasion des Jesuitismus mit sammt den mit ihm verbündeten höllischen Mächten zum Teufel jagen und Deutschland mit der echten Freiheit vermählen.

Politische Rundschau.

— In den Kreisen der Centriumswähler macht sich Unruhe und Entrüstung über das vols- und freiheitsverräterische Gebahren der Centriumsfraction schon jetzt sehr deutlich geltend. Die Wähler des Oberlandesgerichtsraths Spahn haben der Centriumsfraction folgende Resolution zugestellt:

„Der Vorstand des Vereins der Centriumpartei im Wahlkreise Born-Rheinbach bittet im Namen der

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

12] [Rachhaus verboten.]
Vielleicht fühlte Dusaule sich im Grunde seines Herzens mehr geschmeichelt als beleidigt dadurch, daß man ihn einer solchen Kühnheit für fähig hielt.
„Mein Gott! mein vortrefflicher Freund“, sagte er milde „man kann doch nicht leugnen, daß es Glend giebt.“
„Wer verlangt denn von Euch, daß Ihr es leugnen sollt?“ erwiderte Onkel Theodor. „Aber ist es nöthig, es von allen Dächern herunter zu schreien? Es giebt doch Dinge, über die man am besten gar nicht spricht. Das bringt ja die Leute erst auf ihre Ideen, und auf was für Ideen! Es ist doch ein nie wieder gut zu machendes Unrecht, daß man uns angethan hat, indem man verlangte, daß jeder Menge! lesen und schreiben lernen soll. Wie soll man es jetzt verhindern, daß die Irrlehren sich verbreiten, wie die Cholera!“
„Nun, das ist es ja gerade, wozu wir Philanthropen, zu denen zu zählen ich die Ehre habe, in aller Bescheidenheit unser Theil beitragen wollen, mein würdiger Freund! Wir wollen, so gut wir können, die Saat gesünder und vernünftiger Ideen ausstreuen. Denjenigen, welche sich für die Opfer einer ungerechten Vertheilung der Güter dieser Welt halten, sagen wir:

Laßt Euch nicht beirren, Christus selbst hat zu seinen Jüngern gesagt: Ihr werdet immer Arme unter Euch haben. — Und die Wissenschaft stimmt mit dem, was das Evangelium sagt, genau überein. Es wird immer Schwache und Starke geben; der Kampf ums Dasein hat seine besonderen, unabänderlichen Gesetze geschaffen. Eine große Civilisation, wie eine große Fabrik muß ihre Opfer haben. Das ist unvermeidlich. Gewiß, es ist sehr traurig, daß es so ist, und wir leiden mit Euch. Ja, wir leeren den Bermuthskelch mit Euch. Aber ist es Sache des Menschen, die Pläne der Vorsehung, die ewigen, unveränderlichen Gesetze der Natur ändern zu wollen? Wir sagen noch mehr: Wer weiß, wie viel die Menschheit verlieren würde, wenn es keine Armen mehr gäbe? Ja, meine Damen, was würde ohne sie aus einer so heiligen Tugend, wie sie das Mitleid ist, diese edle Barmherzigkeit, die Wohlthätigkeit, die um Ihre Stirnen einen hummlichen Glorien-schein weben?“

„Romard oder Chambertin?“ tönte die Stimme des aufwartenden Dieners discret in das Ohr des Redners.

„Romard“, antwortete er halblaut, etwas ärgerlich darüber, daß er mitten in einer Tirade unterbrochen worden war, die so glänzend begonnen hatte.

„Miß May benutzte diese Unterbrechung, um zu erzählen, daß sie in diesem Winter auf elf Wohlthätigkeits-Bällen getarnt habe. Andree beglückwünschte sie wegen ihrer wohlthätigen Füßchen und fragte sie leise,

wo sie ihren Heiligenschein gelassen hätte. Dann sagte er laut:

„Herr Dusaule, haben Sie wirklich nichts anders, womit Sie Ihre Klienten regalisieren, als diese sehr christliche, aber auch sehr wenig nahrhafte Entfagung? Die Socialisten bieten ihren Leuten doch wenigstens etwas Hoffnung für die Zukunft. Sie werden Ihnen fürchte ich, Ihre Rundschau abspenstig machen.“

Dusaule lächelte mit nachsichtig überlegener Miene, warf einen boshaften Blick um sich und ließ noch einen Augenblick mit der Antwort auf sich warten. Endlich sagte er mit wohlberechneter Langsamkeit:

„Aber, mein lieber Sohn, ich bin selbst Socialist.“

Ein Murren des Erstaunens bewies dem Philosophen sofort, daß er seine Wirkung nicht verfehlt hatte.

„Ach, das ist stark“, rief Onkel Theodor aufspringend.

„Ich Socialist? Nie!“

„Sie, wie die andern, mein verehrungswürdiger Freund. Bleiben Sie ruhig und lassen Sie mich aussprechen. Haben Sie nicht auch Mitleid mit den leidenden Klassen? Wünschen Sie nicht auch, daß jeder Mensch hienieden glücklich sei? Ist ein einziger unter uns, dessen Herz dem Anblick des Glends gegenüber gefühllos bleibt? Ich frage Sie, meine Damen. Ich bin sicher, daß Fräulein Germaine keine dieser kleinen Bettlerinnen, die vor Kälte zitternd an den Straßenecken stehen, sehen kann, ohne daß die Thränen über sie weinen möchte.“

von ihm vertretenen Wähler die Centrumsfraction um Abkündigung der Umsturzvorlage, da er in derselben eine große Gefahr für die politische Freiheit erblickt. Die Aufregung in unserem Wahlkreise über die letzten Vorgänge in der Commissions-Sitzung ist eine große.

Auch in der bayerischen Centrumpresse macht sich eine lebhaftere Opposition gegen die Behandlung des § 111a der Umsturzvorlage in der Commission geltend. Es wird von den bayerischen Centrumsabgeordneten direct gefordert, den Weg des Centrums nicht mitzumachen. Ferner wird davon gesprochen, daß im Anschluß an das Gebahren des Centrums gegenüber der Umsturzvorlage sich wieder der Ruf nach einer Trennung vom preussischen Centrum geltend mache und in sehr weiten Kreisen Anklang finde. Wenn diese Stimmung in den Reihen der Centrumswähler weiter um sich greift, wie zu erwarten ist, dann muß die Centrumsfraction bei den ferneren Beratungen über die Umsturzvorlage entweder noch sehr schnell umschwenken — oder die Centrumswähler werden bei den nächsten Wahlen umschwenken. Eins von beiden kann es nur geben. Daß den reactionären Herren Centrumsabgeordneten die Wahl einer dieser Eventualitäten mit großer Qual verbunden ist, glauben wir allerdings gern.

Die Umsturzvorlage hat nirgendwo eifrigere Fürsprecher gefunden, wie in Sachsen, wo die Regierungsgewalt und die Anhänger der Ordnungsparteien sich seit Monaten fast heiser nach diesem Kampfmittel geschrien haben. So inbrünstig man aber die Vorlage herbei gesehnt hat, so wenig scheint man in den maßgebenden Kreisen Sachsens jetzt den Muth zu haben, eine offene und ehrliche Kritik dieses Monstrums von einer Gesetzesvorlage zulassen zu wollen. Nachdem man in Dresden und Umgebung alle Versammlungen verboten hat, in denen die Umsturzvorlage auf der Tagesordnung stand, wird jetzt das Gleiche aus Weitzschen und Gohenslein im 17. sächsischen Wahlkreise berichtet, wo der Abgeordnete Auer vor seinen Wählern am letzten Sonntag und Montag über dasselbe Thema sprechen wollte. Welch' mißrathenes Product muß doch die Umsturzvorlage in den Augen der eigenen Wähler sein, daß sie es so ängstlich vor jeder offenen Kritik zu schützen suchen.

Sand in die Augen wollen die Centrumsleute ihren Arbeiterwählern streuen. Am Montag verriethen sie in der Umsturzcommission eines der wichtigsten Volkserrechte und am Donnerstag brachten sie folgende Interpellation im Reichstage ein:

Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages rufen an die verbündeten Regierungen die Anfrage: welche gesetzliche Bestimmungen sind — in Ausführung der Kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 — über die Frauen in Aussicht genommen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten theilhaftig und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgeberern und mit den Organen der Regierung betheiligt werden?

Darü insbesondere die Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und die Errichtung einer geordneten Forderung der Arbeiter (Arbeiter-Kammern) zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden auch gegenüber den Staatsbehörden halbtigig erachtet werden?

Germaine rief: „So bin ich also Socialistin, ohne es zu wissen. Da wirst Du mich doch nicht fürlitteren lassen, Du selb' Theodor!“

Du selb' Theodor, der gerade damit beschäftigt war, den Flügel eines geträufelten Rehbüchleins zu verpacken, ließ zwischen zwei Seiten einige Worte heraus, die niemand verstand.

„Ich bin auch sicher, mein Fräulein“, fuhr Herr Dufaulle fort, „daß Sie gern einen Theil Ihres Taschengeldes den Armen geben, daß Sie unter ihnen Ihre besondern Schützlinge haben. Das ist wahrer, edler Socialismus. Nun wohl, was Sie im Kleinen thun, das wollen wir im Großen ausführen. Wir sprechen zu den Entbehren: Wir bieten Euch die Hand. Wir wollen nicht, als Euch helfen, Euch beschützen. Laßt Euch von uns führen. Diejenigen Arbeiter, welche tag und Nacht sind und zu sparren wissen, können reich werden wie wir. Sie können selbst Unternehmer werden. Seit unserer großen Revolution kann jeder Franzose sowohl zu Geld, wie zu den höchsten Stellen gelangen. Jeder Proletarier hat den Reim zum Millionär in sich, wie jeder Soldat in seinem Tornister den Marschallstab trägt. Was fehlt ihnen also? Nichts als eine hilfreiche Hand. Wir bieten sie ihnen. Unsere Brüder helfen, eine Staffel der sozialen Stufenleiter nach der andern zu erklimmen, welche erhabene Aufgabe! Wie schön, wie edel ist der Socialismus, wenn man ihn so auffaßt!“

„Das Unglück ist nur“, sagte Andree, „daß die Socialisten — die andern — ihn anders auffassen.“

Unterzeichnet ist die Interpellation von Gize und Gleber und einer Reihe anderer, fast sämmtlich dem Centrum angehöriger Abgeordneter. Mit dieser nachsagenden Interpellation wollen sie den ungünstigen Eindruck, den ihr Umfall auch in ihren eigenen Reihen macht, etwas verwischen und die Wähler über ihre Volksfeindlichkeit täuschen. Das durchsichtige Manöver dürfte ihnen nicht viel nützen.

Eine Musterenquete. Im Ministerium für Handel und Gewerbe werden gegenwärtig die Fragebogen für die Stichproben-Zählung ausgearbeitet, welche zum Zweck der Gewinnung einer Uebersicht über die Verbreitung des Handwerks in seinen verschiedenen Abstufungen veranstaltet werden soll. Daß wir derartige Erhebungen für werthlos halten, ist selbstverständlich. Will die Regierung über diese Verhältnisse die volle Wahrheit erfahren, so hat sie eine das ganze Reich und alle Betriebe umfassende Enquete zu veranstalten. Kommt es ihr auf etwas anderes an, dann unterlasse sie lieber die Erhebungen ganz, denn selbst wenn sie die besten Absichten haben sollte, wird ihr nachgelagt werden, daß sie bei der Auswahl der Stichproben tendenziös vorgegangen sei.

Es wird immer schöner. Man liest in den Zeitungen, die Staatsanwaltschaft werde keine Anklage gegen Herrn von Stumm, den Duell-Gierigen, erheben, weil Herr von Stumm der Militärgerichtsbarkeit unterstehe. Das ist unrichtig. Denn Herr von Stumm ist Major a. D. und die Offiziere a. D. haben ihr Recht nicht von den Militärgerichten, sondern von den bürgerlichen Strafgerichten zu nehmen. — Aber Herr von Stumm beachte nur zu den Offizieren z. D. zurückversetzt zu sein, wie Herr von Bockhorn statt der Landwehruniform fortan die Reserveoffiziersuniform tragen darf, und in der That hätte sich die bürgerliche Rechtspflege nicht mit ihm zu beschäftigen. Man erinnere sich an den Fall Kugel! Herr von Kugel, der in den anonymen Brief-Scandal verwickelt ist, erwartet sein Urtheil von dem Militärgericht. Beschäftigt? Weil er, obwohl schon aus dem militärischen Dienstverhältnis ausgeschieden, nachträglich zu den Offizieren z. D. zurückversetzt worden war. Ein solcher Umstand entscheidet hier zu Lande über die Zuständigkeit des Gerichts in einer Angelegenheit, die mit militärischen Dingen, zumal mit der Disziplin in keinerlei Zusammenhang steht. Bis heute ist noch nichts darüber bekannt, daß der König Stumm in Anklagezustand verlegt worden ist. Gibt es keine Staatsanwälte, die den Verächter des Gesetzes fassen?

Der Kleinbetrieb verschwindet. Die „Kreuzzeitung“ giebt an, daß nach dem letzten Jahresbericht des landwirthschaftlichen Centralvereins der Provinz Schlesien die Zahl der Zwangsversteigerungen landwirthlicher Grundstücke die Zahl 300 erreicht habe, darunter 264 kleinere Besitzungen. — In der Industrie kein Haar besser. Großgrundbesitz (Rudolfskommunen) und industrieller Capitalismus erdrückt, erdrängt den kleinen Bauernstand, den Handwerkerstand unerträglich, derylos. Zahlen herbei. Werden unsere Gesetze diese Zahlen verdrängen? Zeit wird es.

„Jemahl“, fuhr Dufaulle fort, „aber das Volk zieht diejenigen vor, welche ihm wirklich etwas bieten, anstatt ihm nur schöne Dinge zu versprechen. Wenn wir für einige kleine Gesetze, z. B. in der Unfall-Versicherung, in dem Mannesrecht der Bergarbeiter genommen haben, haben wir aber auch das Recht, zu unsern Klienten, wie Sie dieselben nennen zu sagen: Seht, wie gut, wie großmüthig wir sind, wie wir Euch Euer Loos erleichtern, wie wir Eure wahren Freunde.“

„Hört nicht auf die, welche zu Euch davon reden, daß das Eigenhum, daß das Selbstrecht aufgehoben werden müsse, die eine glückselige Gleichheit herstellen wollen. Das sind Utopisten, Träumer, Leute die Euch nur die Köpfe heiß machen wollen. Er lebe der praktische Socialismus!“

„Man könnte auch sagen: es lebe der Socialismus ohne Socialisten“, sagte der junge Dufaulle.

„Oder noch besser: Es lebe die Socialisten ohne Socialismus“, sagte Andree hinz.

Der alte Dufaulle blinzelte zu den jungen Leuten wie zu Eingeweihten hinüber.

„Nicht übel, was Ihr da sagt, aber behaltet dergleichen lieber für Euch, rasche Ihr. Das Volk ist ein Kind, das man mit Worten erziehen, aber auch beruhigen kann. Sie können das alte Sprichwort: „Mit den Wölfen muß man heulen“. Das ist das Wort der praktischen Politik. Wollt Ihr die Menge jagen, dann heult mit ihr, heult stärker als sie; erregt und tragt ihre Furchen, und dann laßt Ihr sie

Für die bei dem Quebrachzoll zu erwartende Debatte über den Zoll für überseeische Gerbmateriale werden die neuesten über die Einfuhr von Gerbstoffen nach Deutschland auf das Jahr 1894 vorliegenden Zahlen von Wichtigkeit sein. Eingeführt wurden danach von ausländischem Gerbmateriale im letztverfloßenen Jahre 1,9 Millionen Doppelcentner, gegenüber 1,8 Millionen im Jahre 1893. Der Werth der eingeführten Stoffe betrug 1893 25,9 Millionen, 1894 28,1 Millionen, wobei jedoch zu beachten ist, daß der letzteren Zahl die Einheitsweise von 1893 zu Grunde gelegt sind. Unter den 1894 eingeführten Stoffen waren für 10,1 Millionen Holzborke und Gerberlohe, die hauptsächlich aus Oesterreich, Frankreich und Belgien stammt. Auf die übrigen aus europäischen Ländern stammenden Gerbmateriale entfallen ungefähr 3,2 Millionen, so daß auf die durch die Antrag Stumm bedrohten überseeischen Stoffe etwa 14,8 Mill. kommen.

Die Verwaltung des Nord-Ostsee-canal's soll dem Reiche übertragen werden. Preußen soll nur die Polizeiaufsicht auf Kosten des Reiches führen. Vorlagen hierüber sollen nicht an die Parlamente gelangen, sondern die Sache soll im Verwaltungswege geregelt werden.

Bezüglich der württembergischen Landtagswahlen wird mit Recht betont, daß ihr Ausfall ein neues Zeichen der sich gegenwärtig vollziehenden Vormwärtsbewegung im deutschen Volke bildet, das denen der Herrschenden, die sich diesem mühseligen Geschäft noch unterziehen, zu denken geben dürfte. Seit die Erfolge des Krieges von 1870/71 die particularistische und demokratische Richtung zurückgedrängt hatten, herrschte in Württemberg unumschränkt die liberal-conservative, kleindeutlich geinnte Deutsche Partei. Sie hatte die große Mehrheit im Landtag, und die seit 1881 bei mehreren Wahlen zum Reichstag erzielten Erfolge der Volkspartei, der Vertreterin des mehr demokratischen Kleinbürgerthums, änderten an diesem Zustande nichts. Nach die Landtagswahl von 1889 ergab eine deutschparteiliche Mehrheit. Inzwischen machten sich auch in Württemberg allmählich starke Gegenströmungen geltend. Das capitalistische System ist dort weniger entwickelt als im größten Theile Deutschlands. In der Landwirtschaft herrscht neben den großen Besitzungen der Standesherrn, der Hohenlohe, Fürstenberg u. A., vornehmlich das Kleinbauernthum, in der Industrie das Kleingewerbe das bei dem verhältnismäßigen Wohlstand des Landes noch eine gewisse Lebenskraft entfaltet und bei dem Fehlen des großcapitalistisch scharf ausgeprägten Gegensatzes hat sich eine demokratische Gesinnung in dem intelligenten und eigenartigen Volkstamme erhalten. Mit der wachsenden Unzufriedenheit über die von der Deutschen Partei, den württembergischen Nationalliberalen unterstützte Reichspolitik, die bei der letzten Reichstagswahl diese Partei aus fast sämmtlichen Sitzen verdrängte, verband sich der Unwille über eine Reihe durch zahlreiche „Fälle“ allgemein bekannt gewordener Mißstände im Innern, in der Rechtspflege, dem Irrenwesen, dem Kirchenrenten, insbesondere der Gemeindeverwaltung mit ihren lebenslänglichen Gemeindevorstehern und über das Stöcken

führen, wohin es Euch beliebt. Heute läuft sie mit dem Socialismus. Ihr braucht sie nicht vor den Kopf zu stoßen. Sagt ihr, daß Ihr socialistischer seid als sie, um sie davon zurückzuhalten, daß sie es zu sehr sei. Das ist meine Methode, und ich halte dafür, daß sie gut ist.“

Du selb' Theodor ließ nur ein dumpfes Brummen vernehmen. Andree träumte: er erinnerte sich der rauhen Stimme Vater Deschamps', der sagte: „Augenverblendung! Nichts weiter!“ Es entstand ein Augenblick des Schweigens. Herr Dufaulle versicherte sich jetzt erst mit einiger Umrufe, daß diese Dinerunterhaltung Frau Savenan wahrscheinlich sehr wenig gefallen habe. Zugleich erinnerte er sich aber auch, daß er noch einen Vorrath von Anekdoten über Socialismus und Socialisten bereit habe. Man war beim Dessert angekommen; das war der rechte Moment für seine kleinen Redereien.

„Sehen Sie gnädige Frau“, sagte er, „daß wir in einer sehr schwierigen Lage sein würden, wenn wir mit dem, was uns der Socialismus verspricht, nicht zufrieden wären. Wissen Sie, daß es, nach dem, was diese Propheten sagen, wenn die Welt erst nach ihren Grundgesetzen eingerichtet ist, Menschen von sieben Fuß Länge geben wird?“

„D“, rief Germaine, „da würde ich ja viel zu klein sein. Da könnte man mich am Ende für eine Süßholzwurzel halten.“

(Fortsetzung folgt.)

ber seit 1884 schwebenden Frage der Verfassungsrevision, bei der es sich in erster Linie um die Befestigung der Privilegien (Vertreter der Ritterschaft und der beiden Kirchen) aus der Zweiten Kammer und um Vermehrung der Vertreter der jetzt stark benachteiligten größeren Städte handelt. Und bei der Wahl vom 1. Februar hat das allgemeine, gleiche, directe und geheime Wahlrecht, dessen sich das württembergische Volk allein unter den deutschen Staaten erfreut, seine Wirkung geübt und die Herrschaft der bisherigen Regierungspartei gründlich gebrochen. Nach einer der „Frankf. Stg.“ vorliegenden vorläufigen Schätzung wurden rund 272,000 Stimmen abgegeben, von denen auf die Candidaten der Deutschen Partei 55 000, auf die der conservativen und der Landespartei 16 000, auf das neugebildete, aus der früheren Linken ausgeschiedene Centrum 59 000, auf die Volkspartei 90 000 und auf die Socialdemokraten 29 000 Stimmen entfielen. Dazu kommen 23 000 „wilde“, auf Parteilohe gefallene Stimmen. Gewählt wurden 17 Candidaten der Volkspartei, 16 des Centrums, 7 der deutschen Partei, 4 Parteilohe. 25 Stichwahlen sind nothwendig; an diesen sind betheiligt 18 Candidaten der Volkspartei, 11 deutsche Candidaten, 6 Parteilohe, 3 frühere der Landespartei, 1 Conservativer, 6 des Centrums, 5 Socialdemokraten. Die Wahl der deutschen und der Landespartei ist gebrochen und wird durch eine solche der Volkspartei und des Centrums ersetzt werden. Die Socialdemokratie hat den größten Erfolg zu verzeichnen. Trotz der minder scharf ausgeprägten Klassegegensätze hat sie eine durchaus grundsätzliche Agitation betrieben und neben der Aufstellung eines durchaus auf practische Reformen gerichteten Wahlprogramms den scharfen Gegensatz gegen das demokratisch schillrende kleine Ausbeuterthum nicht minder entschieden betont als den gegen die unverhüllte Brutalität der capitalistischen Regierungspartei, gegen die pfäffische Verdummung im katholischen Oberschwaben wie gegen die Amtswillkür der Schultheißen und Regierungorgane. Und der Arbeit entspricht der verbiente Erfolg. Nächst nennt die „Frankfurter Zeitung“ unseren Stimmenzuwachs, die 7600 Stimmen in Stuttgart sind mehr, als 1889 im ganzen Lande abgegeben wurden. Und in 5 Stichwahlen sind unsere Genossen betheiligt, von denen die in Stuttgart-Stadt mit ziemlicher Sicherheit den Sieg des Genossen Klotz erwarten läßt, obwohl natürlich auf die Volkspartei, die noch 1893 den Nationalliberalen den Reichstagsitz in Stuttgart erhalten hat, kein Verlaß ist. Eine eigen hümliche Demokratie fürwahr, bei der die reactionärsten Bestrebungen unterlaufen: der eine, in protestantischem Kreise gewählt, stimmt für Erhaltung des Ausnahmegesetzes gegen die Jesuiten, der andere tritt, um katholische Stimmen zu fangen, für die geistliche Schulaufsicht ein. Für Getreidezölle und Traubenzoll haben württembergische und pfälzische Volksparteiler gestimmt, und die schwäbische Demokratie war es, die das Arbeiterchutzprogramm der Volkspartei zu einer schönen Phrase gemacht hat. So bedeutet der Erfolg der württembergischen Genossen eine Etappe auf dem Siegesgange des Socialismus und der wahren Demokratie. — Die Reichsregierung aber wird vielleicht einen Moment nachdenken über die Wahlen in Schwaben.

— Auch in Ungarn offenbart sich wieder einmal die ganze Jammerlichkeit und Schädlichkeit des modernen Liberalismus. Der „L. B.“ wird aus Budapest geschrieben: Die liberale Partei und ihr neues Ministerium hat vor den geheimen klerikalen Einflüssen capitulirt. Das neue Cabinet wird seinen Rückzug nach Möglichkeit verdecken und bei fortwährender Betonung seiner Principienfestigkeit die Kirchengesetze und die noch nicht votirten Entwürfe nach Möglichkeit verwässern. Die Häupter des ungarischen Klerus wurden bereits verständigt, daß das Cabinet Banffy die Kirchenpolitik nur ganz im Allgemeinen fortsetzen werde. Die Aufgabe des neuen Cabinets besteht in der Erledigung der rückständigen kirchenpolitischen Vorlagen, die im Magnatenhause in der zweiten Hälfte des künftigen Monats zur Verhandlung kommen werden. Bei diesen Vorlagen soll die Integrität der Grundsätze aufrecht erhalten werden, was jedoch nicht ausschließt, daß der Text des Gesetzentwurfes über die freie Ausübung der Religion zum großen Theil über Bord geworfen, der übrige Theil aber darin abgeändert wird, daß die Religionsfreiheit gesetzlich inartikulirt und in Betreff der Conversionslosen die Regierung angewiesen wird, im Verordnungswege Verfügungen zu treffen. Nachdem nun die Religionsfreiheit für jede Confession auf der Grundlage der Rechtsgleichheit im Gesetze ausgesprochen wird, entfällt die Nothwendigkeit der fünften Vorlage, wonach für die jüdische Confession in einem besonderen Gesetze die Reception ausgesprochen

werden sollte. Durch diese Modalitäten glaubt die Regierung die Integrität der Principien zu wahren und durch diese Schonung der Confessionen hofft sie, daß das einheitliche Gebot thatsächlich zum anderraumten Termine ins Leben treten. Der formelle Theil der Eheschließung jedoch bis zur Lösung der Verwaltungsreform in Schwabe gelassen wird. Auch die obligatorische Form der Eheschließung soll bloß auf dem Papier bleiben und bis zur Durchführung der staatlichen Administration, mit der Nothcivilehe sein Bewenden haben. So kehrt demnach die liberale Partei, die mit dem Schlachtruf des religiösen Radicalismus in den Kampf zog gegen Conservatismus und Klerisei, mit arg zerzausstem Liberalismus zurück, wovon nichts anderes vorhanden ist, als einige Fesseln mit einigen Principienrümern. Das ist der Humor von der Sache; dem Hochklerus der verschiedenen Confessionen die ungestörte kirchliche Herrschaft — der Bourgeoisie einige fadenscheinige Principien, die ihr, weil ziemlich unichädlich, vom Hochklerus ehrlich gegönnt werden. Diese Schlappe wird die Regierung wettzumachen versuchen mit verschärfter Schneidigkeit auf anderen Gebieten. Die Nationalitäten stehen dem Ministerium Banffy mit größtem Mißtrauen gegenüber. Die „Bistritzer Zeitung“, ein Organ der Siebenbürger Sachsen, welche die Autokratie Banffys aus der Zeit, wo er Obergespan des Bistritz-Naszdöber Comitats war, in lebhaftem Andenken haben, äußert sich folgendermaßen über denselben: „Unfähig, den hohen Beruf eines modernen Staatsmannes ethisch zu erfassen, ermangelt er aller gründlichen juridischen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse und besitzt bloß einen maßlosen Ehrgeiz, welcher ihn in allen Fällen jene kleinen Mittelchen finden läßt, welche ihn zum Ziele führen. In diesem ist er keinesfalls wählerisch, schlau wie kaum ein anderer ist er unermüdblich thätig und aufs äußerste rücksichtslos. Es ist ein moderner Streber, dem nichts unerreichbar erscheint, wenn er ernstlich etwas erreichen will. Einmal das Ministerpräsidium erklommen, wird er alles thun um sich in demselben zu behaupten. Banffy wird im Ministerfauteuil derselbe sein, der als Obergespan war: Ein Verfolger der Nationalitäten und alles dessen, was nicht magyarisch ist. Welcher Rechtschutz ist von einem Ministerpräsidenten zu erwarten, der als Obergespan im Bistritz-Naszdöber Comitats eine seiner Creaturen zum Vicegespan machte und als ein Ausschußmitglied gegen die Gewaltthätigkeit protestirte, denselben solange nicht zu Worte kommen ließ, bis der neue Vicegespan seinen Amteid geleistet hat. Ironisch wandte sich dann Banffy an die Protestirenden mit den Worten: „Belieben jetzt zu sprechen!“ Bei einer andern Gelegenheit äußerte sich derselbe dahin: „Es ist wahr, Sie haben Recht, die Macht ist jedoch in meinen Händen.“ Auf Grund solcher Principien wird der neue Ministerpräsident regieren und auch seinen Ausdruck zu verwirklichen trachten: „Die Sachsen können nur dann unterworfen werden, wenn deren Moral vernichtet wird.“ „Tribuna“, das Organ der ungarländischen Rumänen schreibt: „Banffy wird die Brutalitäten der ungarischen Politik besser zu verdecken trachten; es ist wahrscheinlich, daß er den Nationalitäten in geringsfügigen Dingen Concessionen machen, dafür jedoch viel werthvollere Gegenleistungen fordern wird.“ — Auch die Socialdemokratie wird sich auf rücksichtslose Verfolgungen gefaßt machen; der ins Ministerpräsidium gelangte Stuhlrichter mit asiatischer Willkür wird alle Hebel in Bewegung bringen, um die vielversprechende Bewegung zu unterdrücken. Er wird um so rücksichtsloser auftreten, als er des Beifalls aller Parteien sicher ist, denn gegen die Socialdemokratie, da braucht man sich nicht an Gesetze zu halten, da ist alles erlaubt, alles willkommen — es führe nur zum Ziele.

— In Holland ist im vergangenen Jahre eine vollständig organisirte Bewegung entstanden, deren Zweck ist, die gerichtliche Eintreibung der Steuern von Zahlungsunfähigen zu verhindern. Zuerst waren es die jüdischen Socialisten Amsterdams, welche Anfangs 1894 einer Wittve zur Hilfe kamen, deren Möbel zur Deckung rückständiger Steuern verkauft werden sollten. Unter Führung des Genossen Reens, der dadurch große Popularität errang, gingen die Socialisten nach folgender Taktik vor: Lange bevor der Quiffier (Gerichtsvollzieher) mit seinen Gehilfen erschien, hatte das Volk das fragliche Haus und dessen Umgebung besetzt. Dann langte endlich der Gerichtsvollzieher an und der Verkauf begann. „Hier eine Commode; wer bietet?“ „Ein Cent!“ (gleich 2 Pfennige) rief Reens. „Unfaim! Wer bietet?“ „Ein Cent! Ein Cent ist auch Geld!“ Da Niemand weiter bot, begann der Quiffier von Neuem: „Also ein Cent ist geboten. Wer bietet mehr?“ Donnerndes Hurrah aus hundert Reihen war die

Antwort aber kein Gebot. „Wie sieht es aus, Herr Quiffier? Ich that das höchste Gebot und die Commode ist mein!“ So war es denn auch; das Gesetz schreibt den Zuschlag an den Höchstbietenden vor, und der Höchstbietende war Reens. Er erhielt die Commode, und auch das übrige Mobiliar fiel ihm zu für insgesamt etwa 30—50 Cents, jedes Stück für einen Cent, welchen Betrag Reens mit höchst ernsthaftem Gesicht dem Quiffier in zwei Halbcents-Stücken überreichte. So ging es verchiedene Male. Es wurde ein Anti-Steuerzahlungsverein gegründet und die Sache wurde so populär, daß die gerichtliche Steuereintreibung nahezu zur Unmöglichkeit wurde. Zwar verfolgte man Reens strafrechtlich, doch erzielte er seine Freisprechung. Man schickte zu den Verkäufen Polizei und bezahlte Leute, welche bieten sollten, aber wenn Jemand ein ernsthaftes Gebot that, boten hundert Andere höher, bis zu hunderttausend Gulden für ein Taschentuch. Kammermitglieder interpellirten die Regierung, aber vergebens. Endlich wurde die zwangsweise Steuereintreibung in Amsterdam vorläufig eingestellt. Jetzt aber hat man damit wieder begonnen, und der Erste, der sein Mobiliar für rückständige Steuer verkaufen sah, war unser Genosse — Reens; das gelang mit Hilfe von 120 Polizisten und bezahlter „Käufer.“ Nur wenige wurden in's Local gelassen, was gefehwidrig ist. Nun soll die Regierung eine Gesetzesänderung beantragen wollen, aber wie diese beschaffen sein könnte, ist noch nicht zu ersehen. Man darf jedoch annehmen, daß erst bei einem bestimmten Satz die gerichtliche Eintreibung beginnen wird; Nichtzahlende würden vielleicht durch Entziehung des Wahlrechts bestraft werden.

— Die Unruhen in Brasilien. Ueber die gemeldeten Ruhestörungen in Rio de Janeiro sind der brasilianischen Gesandtschaft in Rom officielle Telegramme zugegangen, aus denen hervorgeht, daß schon am 31. die Ruhe vollständig wieder hergestellt war, daß die Ausschreitungen, welche auf einigen Straßen im Centrum der Hauptstadt beschränkt geblieben sind, von fanatischen Anhängern der letzten Präsidentschaft, die unzufrieden mit den aus Sparsamkeit, Gerechtigkeit und Verschönerungsrücksichten (?) getroffenen Maßregeln waren, veranlaßt, aber angesichts der energischen Haltung der ganzen Bevölkerung zu Gunsten der Regierung aufgegeben worden sind, und daß der Commandant der Militärschule versetzt worden ist. Wie viel an diesen „officiellen“ Telegrammen wahres ist, muß natürlich abgewartet werden.

— Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz. Die chinesisch-japanischen Friedensverhandlungen sind noch vor ihrem eigentlichen Beginn wieder abgebrochen worden, da japanischerseits festgestellt wurde, daß die Vollmachten der chinesischen Abgesandten diese nicht ermächtigt, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sie waren vielmehr dahin instruirte, die Einwilligung Japans dazu zu erbitten, daß alle Bedingungen der Regierung in Peking unterbreitet würden; hieraus gehe hervor, daß China kein Verlangen nach Frieden trage. Es wird indessen versichert, daß Japan bereit sei, die Verhandlungen mit einer genügenden Vollmachten besitzenden Gesandtschaft wieder aufzunehmen. Ueber die Eroberung von Wai-Hai-Wei liegen noch weitere ausführliche Meldungen vor, welche ergeben, daß auf beiden Seiten mit großer Heftigkeit gekämpft worden ist. Die japanischen Kriegsschiffe hatten die chinesischen Forts naheinander zum Schweigen gebracht. Von der Landseite war das Heranbringen der schweren japanischen Geschütze garnicht erst abgewartet worden, und so erklärt sich die Beschleunigung des japanischen Erfolges. Die Chinesen behaupten zwar immer noch im Besitze der Insel und der Flotte zu sein, wollen auch zwei japanische Schiffe zum Sinken gebracht haben; indessen kann man doch an dem Erfolge der Japaner kaum zweifeln, und die Erhaltung der chinesischen Schiffe erklärt sich daraus, daß die Japaner diese sich für den eigenen Gebrauch unversehrt erhalten wollen. Ein der japanischen Blättern zugegangenes Telegramm meldet, 10 Kriegsschiffe und einige Torpedoboote der Chinesen seien erobert. Am Sonntag beschloß die japanische Flotte wieder die Festung Siao-Kong-Tao. Das Bombardement richtete bedeutenden Schaden an und machte die chinesischen Batterien kampfunfähig. Hierauf ließen sechs der japanischen Kriegsschiffe ihre Boot herab und landeten unter schwerem Feuer die mit Seitengewehren und Carabinern bewaffnete Besatzung auf der Insel. Die japanischen Seesoldaten bemächtigten sich nach heissem Gefecht nach einander aller fernouchen Batterien. Dichter Schneesturm hatte die japanischen Flottenoperationen um 24 Stunden verzögert.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

Berlin, den 5. Februar 1895.

Heute Abend soll unter Vorsitz des Präsidenten die Geschäftsordnungscommission zusammentreten, um über die beantragte Erhebung der Beschlußfähigkeit Beschlüsse zu fassen. Der Entscheid wird hoffentlich in verneinendem Sinne ausfallen, denn wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß durch einen solchen Antrag die Minorität einfach vergewaltigt und mundtot gemacht werden kann, die heutige Plenarsitzung hat ihn geliefert. Auf der Tagesordnung stand neben dem Antrag auf angemessene Begrenzung der Wahlkreise ein Antrag Pachnide auf Schaffung einer aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangenen parlamentarischen Vertretung in jedem Bundesstaat, der von unsern Genossen und der Feinsinnigen Volkspartei noch erweitert worden war dahin, daß nach dem freisinnigen Antrag diese Vertretung aus allgemeinen directen Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangen sein muß, und daß nach dem socialdemokratischen Antrage allen über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts das Wahlrecht zuerkannt werden soll. Herr Pachnide begründete seinen Antrag besonders unter Hinweis auf die Landesverfassung von Mecklenburg und unser Genosse Bebel sowohl wie Abg. Eugen Richter verzichteten auf die Begründung ihrer Zusatzanträge im Interesse einer Abklärung des Verfahrens, weil ihnen Präsident von Leseow ausdrücklich das Wort in der Debatte zugesichert hatte. Herrn Pachnide antwortete der mecklenburgische Gesandte von Dersow und nach diesem erklärte sich der conservative Abg. von Buchta gegen den Antrag.

Nachdem also ein Conservativer eben zum Wort gekommen war, hatte der ebenfalls conservative Abgeordnete von Freege, bekannt als „Grüner-Jungen-Freege“ — sagen wir parlamentarisch — den Muth, einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zu stellen. Es hätte nach diesem Antrag nur noch je ein Redner dafür oder dagegen sprechen können, die Antragsteller wären vergewaltigt gewesen. Abg. Singer beantragte nun die Vertagung und bezweifelte zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Präsident ver kündete nach erfolgtem Namensaufruf die Anwesenheit von 166 Mitgliedern, mit einem Seitenhiebe nach der linken Seite fügte er hinzu, das Haus wäre beschlußfähig gewesen, wenn nicht einige Mitglieder vor dem Aufruf ihres Namens den Saal verlassen hätten. Der Herr Präsident mag sich ärgern über die Säumnigkeit der Mitglieder — das ist sein gutes Recht — aber der Seitenhieb war verfehlt. Es sei hier ausdrücklich constatirt, daß neun Zehntel unserer Genossen, die überhaupt im Reichstage anwesend waren, auch beim Namensaufruf zugegen waren. Es fehlten zur Beschlußfähigkeit noch ganze wohlgeordnete 33 Abgeordnete, die

von unserer Fraction, wäre sie auch vollzählig dagewesen, nicht hätten aufgebracht werden können. Kurz bevor der Namensaufruf vollendet war, hallte der Saal von einem lauten Krach wider. Ein ziemlich großer dunkler Gegenstand war von der Tribüne in den Saal geflogen und heftig auf ein Pult in der letzten Reihe rechts von der Mitte des Saales niedergefallen. Auf der Tribüne hörte man Rufe wie: „Napachol, die erste Bombe!“ Auch der Präsident erhob sich spähend von seinem Sitze. Einige Abgeordnete hoben den Gegenstand auf — es war ein großer schwarzer Krinstecher. Er machte noch eine Weile die Kunde durch die Hände der Abgeordneten, einzelne musterten ihn so genau, als glaubten sie nur eine Axtspitze, die vielleicht doch mit Dynamit gefüllt sein könnte, vor sich zu haben. Ganz in der Nähe des Unfallsortes saß der Abgeordnete Nishardt, dem der Operngucker leicht hätte auf den Kopf fallen können. Ob die Theile wären freilich auch dann nicht verletzt worden.

29. Sitzung.

Dienstag, den 5. Februar.
Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. v. Bötticher.
Zur Berathung steht zunächst der Bericht der Geschäftsordnungs-Commission zu den Anträgen Schmidt-Elsfeld (freis. Volksp.) und Gröber (Centr.) betr. Abänderung der Bestimmungen der Geschäftsordnung über die Reihenfolge der Initiativanträge.

Die Commission (Referent Abg. Gamp-Reichsp.) beantragt folgende Bestimmung anzunehmen:

„Die von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträge kommen in der Reihenfolge zur Verhandlung, in welcher sie eingegangen sind. Alle Anträge, welche innerhalb der ersten zehn Tage einer Session eingebracht sind, gelten als gleichzeitig eingebracht. Ueber die Reihenfolge der Berathung gleichzeitig eingebrachter Anträge hat der Präsident sich mit dem Hause zu verständigen. Erfolgt eine Verständigung nicht, so entscheidet das durch den Präsidenten zu ziehende Loos. Gesetzesentwürfe behalten ihre Priorität bis zu ihrer Schlussberathung; die zweite und dritte Berathung hat mithin, soweit sie zur Verhandlung im Plenum vorbereitet ist, vor denjenigen Anträgen stattzufinden, welche in der Reihenfolge der ersten Berathung diesen Gesetzesentwürfen nachgestanden haben. Die Petitionen gelangen in derjenigen Reihenfolge zur Berathung, in welcher sie zur Verhandlung im Plenum vorbereitet sind. Eine Entzerrung von der Stelle der Tagesordnung, welche den von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträgen und den Petitionen nach der Priorität gebührt, kann nur beschloffen werden, wenn nicht bei Anträgen von dem Antragsteller und bei Petitionen von 30 Mitgliedern Widerspruch wird.“

Der Commissionsantrag wird debattelos angenommen.

Es folgt die Berathung des folgenden Antrages der freisinnigen Volkspartei (Abgg. Ander u. Gen.):

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Session das im § 6 des Reichswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 vorgesehene Reichsgesetz über die Abgrenzung der Wahlkreise vorzulegen und bei der Neueintheilung der Wahlkreise die seit 1867 veränderten Bevölkerungsverhältnisse in angemessener Weise zu berücksichtigen.“

Zur Begründung des Antrages bemerkt:
Abg. Dr. Hermes (freis. Volksp.): Seit Erlass des

Gesetzes von 1869 hat sich die Bevölkerung Deutschlands um mehr als 10 Millionen vermehrt. Die Vermehrung war aber keine gleichmäßige, sie trifft hauptsächlich die großen Städte und die Industriezentren. Dadurch ist eine Verschiebung des Wahlrechts eingetreten. Wir haben Wahlkreise mit nur 8000 Wahlberechtigten und wiederum eine ganze Anzahl mit 70,000 und mehr. Wir wollen aber den Charakter des gleichen Wahlrechts sichern. Auf dem Wege einer Vermehrung der Zahl der Abgeordneten ist dies nicht mehr möglich, da man auf eine solche beim Bau des neuen Reichstagshauses nicht Rücksicht genommen hat. Es bleibt also nur der von uns vorgeschlagene Weg. Wir tragen damit zahlreichen Wünschen aus Wahlkreisen Rechnung und bitten Sie, denselben anzunehmen.

Abg. T u h a u e r (Soc.): Wir werden für den Antrag Ander stimmen, weil er schwer empfundenen Mifständen ein Ende machen will. Die Klagen über solche sind so alt wie das Gesetz von 1869. Sofort nach dessen Inkrafttreten drang Abg. Zweiten auf ein neues Reichswahlgesetz. Andere haben die Anträge später wiederholt. Der Antrag Ander geht uns freilich nicht weit genug. Wir wünschen die Einführung des Proportionalwahlsystems, damit den Minoritäten eine angemessene Vertretung gesichert wird. Damit würde auch die Ungleichheit der Wahlkreise ausgeglichen. Diese Ungleichheit hat das Reichswahlrecht geradezu zu einem Klassenwahlsystem gestaltet. Die Bewohner des platten Landes und der kleinen Städte sind bevorzugt, die der großen Städte benachtheiligt. Aber auch deshalb empfiehlt sich die Annahme des Antrages Ander, damit es uns erspart bleibt, daß die Behörden weiterhin willkürliche Abänderungen der Wahlkreise vornehmen.

Abg. R i c k e r t (freis. Vereinig.) befürwortet gleichfalls den Antrag Ander.

Im Schlusswort beantragt
Abg. R i c h t e r (freis. Volksp.) mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses die Abstimmung für heute auszulassen.

Die Abstimmung wird demnach ausgesetzt.
Es folgt die erste Berathung des folgenden Antrages des Abg. Dr. P a c h n i d e u. Gen. (freis. Vereinig.):

„In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.“

In Verbindung mit 1. einem Antrage Ander u. Gen. (freis. Volksp.), nach dem die Vertretung aus allgemeinen, gleichen und directen Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangen sein muß; 2. einem Antrage A u e r u. Gen. (Soc.) der außerdem das Wahlrecht allen über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts zuerkennen will.

Zur Begründung seines Antrages weist
Abg. Dr. P a c h n i d e auf die abnormen Verhältnisse Mecklenburgs hin, das allein noch keine Volksvertretung besitzt, also neben der Türkei und Rußland als absoluter Staat dastehe. Nach der Verfassung solle Gleichheit vor dem Gesetze herrschen. In Mecklenburg aber blühten noch die schönsten Standesunterschiede. Rittergutsbesitzer und Bürgermeister allein seien die berufenen Vertreter des Landes, die alle Jahre in Malchin für einige Tage zusammenträten. Das Volk aber könne seine Interessen in Mecklenburg gar nicht zur Geltung bringen. Die ersuchte Erfüllung hätten daher so allgemein im mecklenburgischen Volke gehegte Wünsche wie die nach anderweiter Regelung des Erbrechts, auf Schaffung eines Wirthschaftsgesetzes, nach Vermehrung des bäuerlichen Besitzes, nach einer einheitlichen Regelung des Schulwesens und vor allem nach einer gründlicheren Ausbildung und besseren Besoldung der Schullehrer, die nicht einmal ein geregeltes Kündigungrecht hätten, noch immer nicht gefunden. Auch die Verhältnisse des höheren Schulwesens seien höchst unregelmäßig, und man habe sie auch angestrebt; freilich ohne Erfolg

Die musikalischen „Genüsse“ des Proletariats.

Von keiner Kunst sind die höchsten Leistungen ihrer Gattung dem besitzlosen Volke so unzugänglich, wie von der Musik. Die Meisterwerke der Baukunst stehen auf den Straßen und Plätzen; die Werke der bildenden Kunst kann man in Museen und Gallerien umsonst, sowie in den Ausstellungen an Sonn- und Feiertagsnachmittagen zu mäßigen Preisen genießen; die Werke unserer großen Dichter sind nunmehr in spottbilligen Ausgaben weiteren Kreisen erschlossen. Aber in der eblen Musik ist der Arme auf die in Vergnügungs-Etablissements und Gasthäusern stattfindenden Productionen dürftig besetzter Civil- oder lärmender Militär-Capellen, auf mit unzulänglichen materiellen oder künstlerischen Mitteln arbeitende Gesangsvereine angewiesen. Ein Haydn'sches Streichquartett, eine Beethoven'sche Symphonie, ein Handel'sches Oratorium, eine Bach'sche Cantate, eine Mozart'sche, Weber'sche oder Wagner'sche Oper kennt die große Masse des Volkes kaum dem Namen nach, geschweige durch eigenes Hören. Und es wäre doch viel Sinn dafür vorhanden! Wissen wir doch aus Erfahrung, welche Liebe, welchen Fleiß unsere Arbeitergesangsvereine dem Studium guter Gesänge widmen, wie schön sie herausgebracht und mit welcher Begeisterung sie von dem musikalisch ungebildeten Auditorium aufgenommen werden. Zeigt sich schon heute das „ungebildete, niedere Volk“ für die mageren

musikalischen Genüsse, die ihm geboten werden, so dankbar, welcher bildender, veredelnder Einfluß könnte erst ausgeübt werden, wenn man sich die Mühe gäbe, die in dieser empfänglichen Masse schlummernden Talente zu wecken, sie durch Unterricht zu schulen, durch Ermöglichung häufigen Besuches guter Musik-Aufführungen den Geschmack zu bilden und auch das Urtheil zu schärfen.

Das bishen Gesangsunterricht, das in den Volk- und Bürgerschulen gewöhnlich von Leuten erteilt wird, die weder Musiker noch Gesangstechniker sind, und das sich meistens auf das Einpaucken frommer, sozialer und patriotischer Lieder ohne jeglichen Kunstwerth beschränkt, dient höchstens dazu, die jugendlichen Stimmen zu verberben, den Kindern die Milch der frommen Denkungsart einzuzuführen und ihnen „patriotische Gesinnung“ beizubringen.

Ein Clavier anzuschaffen und einem talentirten Knaben rationellen Musikunterricht erteilen zu lassen, dazu reichen die Mittel eines Arbeiters, ja der meisten Kleinbürger nicht aus.

Berständniß für gute, werthvolle Musik erwirbt man sich aber nur, wenn man sie singend oder musizirend selbst pflegt oder doch häufig genug zu hören bekommt. Wie viele Arbeiter aber waren schon bei einem philharmonischen oder Gesellschaftsconcert? Wie viele bei einem Liederabende? Ja, wie viele von den Hunderttausenden waren schon in der Oper?

Warum nicht in der Oper? Könnte man einwenden. Wenn schon nicht in unsere vornehmen Concertsäle, wo

die billigste Karte zu klassischen Concerten in der Regel unerschwinglich theuer ist, so wäre doch ein Galeriebillet im Theater erschwinglich.

Ja, wenn es mit der Geldeleistung allein abgethan wäre! Aber derjenige, der sich einen halbwegs günstigen Platz auf der Galerie erobern will, muß sich schon einige Stunden vor der Kassenöffnung „ankstellen“, sehr rasch über die Treppen laufen können und mit den Localverhältnissen dieses nur für die vornehme Gesellschaft gebauten Hauses sehr vertraut sein. Denn wenn einer bei einer gangbaren Oper auch sehr zeitig auf die Galerie kommt, findet er sich einer Menschenmauer — von ihrer dunkelsten Seite aus betrachtet — gegenüber, in die einzudringen und dadurch einen Ausblick auf die Bühne zu gewinnen, nur sehr gewandten und rücksichtslosen Leuten gelingt. Dem glücklich Eingebungenen wird die Aussicht auf die Bühne durch die in den vorderen Reihen Sitzenden erschwert. Er kann froh sein, wenn er den ganzen Abend hindurch ein Stückchen Bühne mit einem Verferstück und ein paar „Herren und Damen vom Chor“ zu Gesicht bekommt. Und mit dem Hören hat es eine ähnliche Bewandnis. Die fortwährenden akrobatischen Bemühungen der aneinandergedrängten Menschenmenge, etwas von den Vorgängen auf der Bühne zu erspähen, lassen jene Ruhe und Behaglichkeit nicht aufkommen, die zum reinen Genuß eines musikalischen Kunstwerkes notwendig sind. Der Galeriebesucher verläßt den Kunsttempel mit verschiedenen Genüß, Nerven- und Muskelkämpen, die ihn noch einige Tage an den ausgestandenen Kunstgenuss

Entbehrungen, die sich alle Familienmitglieder andererseits auferlegen, nicht zulängl.

Also forge man zunächst dafür, daß bessere, menschenwürdige Zustände herbeigeführt werden, daß die Frauen und Mädchen des Proletariats mehr Ruhe und reichlicheren Lohn erhalten.

[Städtische Anleihe von 1880.] Dem Vernehmen der „Breslauer Zeitung“ nach hat der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der Frage der Conversion (Umwandlung) der 4procentigen jüdischen Anleihe vom Jahre 1880 näher zu treten.

[Ertrag städtischer Steuern.] Die Einkünfte bei dem königlichen Hauptsteueramt Breslau II für die Monate October bis December 1894 (als III. Quart. des Rechnungsjahres 1894.95) erhobenen städtischer Steuern betrug: an Willkürsteuer 27 962,54 Mark; an Biersteuer 18 285,77 Mark; an Schlachthofzins 15 633,40 Mark; an Brauabmalsteuer 51 871,74 Mark; an Schladststeuer für den inneren Stadtbezirk 389 080,55 Mark; für den äußeren Stadtbezirk 1596,25 Mark; zusammen 504 430,25 Mark.

[Der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten] wird, wie der Magistrat bekannt giebt, erst in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 14. Februar erstattet werden.

[Als muthmaßlicher Mörder der Elise Groß] wurde Sonnabend gegen Abend in Nowag bei Neisse auf Requisition der Breslauer Staatsanwaltschaft der Fleischergeselle Paul Wagner durch den Amtsvorsteher Siegnitz und den Gendarm Merkert verhaftet. Paul Wagner ist der Sohn des Fleischermeisters Eduard Wagner aus Glasendorf, Kreis Grottkau. Er ist 27 Jahre alt, verheirathet und Vater von vier Kindern, lebt aber von seiner Frau, welche seit Mitte November vorigen Jahres in Breslau wohnt, getrennt.

[Ortskrankenkasse des Steinweg-Gewerbes.] Die General-Versammlung findet heute Abend nicht im Locale des Hotels „Zum blauen Hirsche“, sondern im Hotel „Silesie“, Bischofsstrasse 45 (Mantlergasse 15) statt.

[Cobbe-Theater.] Heute Mittwoch, geht „Die wilde Jagd“ von Ludwig Fulda zum 7. Male in Scene. Die erste Aufführung von Heinrich Lees neuem Stück „Der Schlagbaum“, welche Sonnabend stattfindet, hat Director Witte-Wild Herr Albert Parry zum Benefiz bewilligt. Der Bilet-Vorverkauf zu dieser Vorstellung beginnt morgen, Donnerstag. Für morgen, Donnerstag, hat Director Witte-Wild eine Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten der Hinterbliebenen der durch den Untergang der „Elbe“ Verunglückten angefaßt.

[Concordia-Theater.] Heute, Mittwoch, wird, wie bereits mitgetheilt, zum Benefiz für Herrn Winkelmann die Posse „Reise durch Berlin in 80 Stunden“ aufgeführt, welche soviel als möglich localisirt worden ist, um den Erfolg des Abends größer zu gestalten; auf die Concentrirung des Stückes ist deshalb ganz besondere Sorgfalt verwendet worden.

[Zur Ermittlung.] Am 26. v. Mts., Abends, wurde auf der Gummerer ein Telegraphenarbeiter von einer Equipage überfahren und erheblich an den Beinen verletzt.

[Eine Bahnhofsdiebin] ist am 30 ten v. Mts. verhaftet worden. Seit längerer Zeit wurden auf hiesigen Bahnhöfen ohne Aussicht liegen gelassene Taschen etc. gestohlen, und in fast allen Fällen lenkte sich der Verdacht auf ein etwa achtzehn Jahre altes Mädchen.

[Durch einen Schlafstellendieb] ist eine auf der Reuschestraße wohnende Schuhmachersfrau schwer geschädigt worden. Auch bei ihr, wie bei einer Wittve auf der Schmiedebücke, hatte der junge Mann, der sich als Kellner Geier ausgab, nur einige Tage gewohnt und dann heimlich das Weite gesucht.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 4. d. Mts.: 90 Personen. — Gestohlen: einem Tapezierer aus der Höfchenstrasse ein Paar Lebergarnsachen. — Abhanden gekommen: ein Trauring, gezeichnet „H. H. 12. 7. 86“ und ein goldenes Pincenez. — Gefunden: ein Carton mit 17 Duzend Gummistrümpfen, ein halber Centner Seegras und ein Umfchlagetuch.

Volks-Vorstellung im Thalia-Theater.

Der Weichenfresser. Der Roth, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, entschloß sich die Theater-Commission, für die Montag-Vorstellung unseres Arbeiter-Theaters ein abgedroschenes Lustspiel eines der leichtesten Possenfabrikanten zu wählen. Das mit der Direction des Stadttheaters vereinbarte Stück konnte wegen plötzlicher Erkrankung des Herrn Höfer nicht zur Aufführung gelangen, und da die Zeit nicht hinreichte, eines der auf unserem Spielplan stehenden Stücke neu einzustudieren, mußten wir mit einer Gabe des bei den deutschen Philistern „vielbeliebten“ Herrn v. Moser zufrieden sein.

Hr. Scheller spielte die kleine Rolle der alten Frau von Berndt sehr maßvoll und dennoch mit so feiner Komik, daß sie wahre Lachsalven hervorrief; Fräulein Blanche scheint allerdings als Salonbame in einem leichten Lustspiel nicht recht am Plage zu sein, doch sie entlebte sich ihrer Aufgabe mit anerkennenswerthem Geschick. Auch Hr. Serdaper verdient lobende Erwähnung. Am schlimmsten war Herr Weiß daran. Ihm fiel es zu, einen jener beispiellos ekelhaftigen und schneidigen Fufarenlieutenants zu verkörpern, wie solche nur in der Phantasie von Bachfischen leben, die sich an den Romanen der Marlitt und der Natalie von Eßstruth begeistern.

Schlesien.

* Siegnitz, 5. Februar. Die hiesigen Steuerzahler können sich freuen, es ist ihnen jetzt doch noch eine Camalgebühr bescheert worden. Der Provinzialrath hat den ablehnenden Entschluß des Bezirksausschusses aufgehoben. An unserem Urtheil über die Steuer wird dadurch natürlich nichts geändert.

* Ratibor, 5. Februar. Gegen die Tabaksteuer. Der Reichstagsabgeordnete für Ratibor, Pfarzer Frank, hat dem „D. N.“ zufolge auf eine Anfrage der Ratiborer Tabakarbeiter bezüglich seiner Stellungnahme zu der Tabakfabriksteuer folgenden Bescheid gefandt: „Auf Ihre werthe Anfrage, betreffend meine Stellung zu einer eventuellen Tabakfabriksteuer gestatte ich mir nunmehr, nachdem eine solche Vorlage dem Reichstages seitens der Regierung unterbreitet worden ist, hierdurch zu erklären, daß ich mit Rücksicht auf die Bedrohung vieler Arbeiterexistenzen im Falle der Annahme dieser Vorlage speciell auch im Kreise Ratibor gegen die Tabaksteuerstimmen werde.“

* Forst i. L., 5. Februar. Die große Tuchfabrik von Eberle ist heute Nacht abgebrannt und eingestürzt. Der einströmende Siebel zertrümmerte das Nebenhause; ein Kind ist verbrannt, eine Frau verletzt worden.

J. Rothenburg, 5. Februar. Zwei Mitglieder des hiesigen Müllervereins kamen jüngst zu Streit über ihre geleisteten Dienste und geriethen dabei so hart an einander, daß der eine von seinem Freunde mit einem Bierseidel derart auf den Kopf geschlagen wurde, daß er an den dadurch erlittenen Verletzungen gestorben ist.

Gerichtliches.

Zwei Duellanten aus dem Volke. Vor dem Berliner Schöffengericht spielte sich kürzlich folgende Verhandlung ab: „Die Angeklagten Stöbel und Gerber, sowie alle Zeugen in dieser Sache hier eintreten!“ Bei diesem Ausruf des Gerichtsdieners beginnt auf dem mit zweifelhaften Geaiten angefüllten Corridor eine lebhafteste Bewegung. Alles drängt sich theils in den Zeugen-theils in den Zuscherraum hinein. Die beiden Angeklagten sind gleichaltrige junge Leute, Stöbel ist Handelsmann, Gerber Kutsher. Sie sind der gegenseitigen Körperverletzung angeklagt, Gerber mittels gefährlichen Werkzeuges. — Vors.: Sie sollen ja in der Nacht zum 9. September eine arge Schlägerei auf der Straße ausgeführt haben. Erst hatten Sie sich und dann stellen Sie gegenseitig Strafantrag? — Angeklagter Stöbel: Det war keine gemeine Hancerei, sondern een reuläres Duell mit die deutsche Faust. Aber natürlich, wenn der Andere gewissemaßen unantändig wird un haut mit'n Schlagring, da hört ja die Ehrlichkeit uf, un so'n Mensch müßte ja nich mehr zum Publikum jerechnet wer'n. — Vors.: Daraus ist nicht klug zu werden. Wollen Sie behaupten, daß Sie einen Ehrenhandel ausgefochten haben? — Angekl. Stöbel: Jzfochten nich, aber aus Jchauen haben wir ihn. Warum sollen wir denn nich? Wenn die vornehmen Leute sich beleidigt haben, denn s'ichden sie ihre Secundaner un denn jeh't et los, in'n Brunwald oder in die Jnsfernhaide, uf Defen oder Pistolen. Un derjenige, der früher den größten Mund jewagnert hat, macht den Andern vielleicht stumm. Un denn jeh't der Andere eens kurze Zeit uf Jzekung un wenn er reiturb kommt, denn is er een feiner Mann. — Vors.: Ihre Ansäuten über das Duell mögen sonst recht schätzwerth sein, hier sind sie aber nicht am Plage. — Angeklagter Stöbel: Wenn id och man aus'm Volke bin, so lese id doch Zeitungen un jache ... auszubilden, id ... — Vors.: Nun ja, das gehört Alles nicht hierher. Erzählen Sie kurz, wie der Streit entstanden ist. — Angekl.: Am 9. September besand id mir mit meine Braut us'n Ball in der Freiwaldersstrasse.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

Berlin, den 5. Februar 1895.

Heute Abend soll unter Vorsitz des Präsidenten die Geschäftsordnungscommission zusammentreten, um über die beantragte Erabsetzung der Beschlussfähigkeitsziffer Beschlüsse zu fassen. Der Entscheid wird hoffentlich in verneinendem Sinne ausfallen, denn wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß durch einen solchen Antrag die Minorität einfach vergewaltigt und mundtot gemacht werden kann, die heutige Plenarsitzung hat ihn geliefert. Auf der Tagesordnung stand neben dem Antrag auf angemessene Begrenzung der Wahlkreise ein Antrag Bachnicks auf Schaffung einer aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangenen parlamentarischen Vertretung in jedem Bundesstaat, der von unsern Genossen und der Freisinnigen Volkspartei noch erweitert worden war dahin, daß nach dem freisinnigen Antrag diese Vertretung aus allgemeinen Wahlen und directen Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangen sein muß, und daß nach dem socialdemokratischen Antrage allen über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes, das Wahlrecht zuerkannt werden soll. Herr Bachnick begründete seinen Antrag besonders unter Hinweis auf die Landesverfassung von Mecklenburg und unser Genosse Bebel sowohl wie Abg. Eugen Richter verzichteten auf die Begründung ihrer Zusatzanträge im Interesse einer Abkürzung des Verfahrens, weil ihnen Präsident von Leseow ausdrücklich das Wort in der Debatte zugesichert hatte. Herrn Bachnick antwortete der mecklenburgische Gesandte von Derksen und nach diesem erklärte sich der conservative Abg. von Buchka gegen den Antrag.

Nachdem also ein Conservativer eben zum Wort gekommen war, hatte der ebenfalls conservative Abgeordnete von Freese, bekannt als „Grüner-Jungen-Freese“ — sagen wir parlamentarisch — den Muth, einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zu stellen. Es hätte nach diesem Antrag nur noch je ein Redner dafür oder dagegen sprechen können, die Antragsteller wären vergewaltigt gewesen. Abg. Singer beantragte nur die Vertagung und bezweifelte zugleich die Beschlussfähigkeit des Hauses. Der Präsident verkündete nach erfolgtem Namensaufruf die Anwesenheit von 166 Mitgliedern, mit einem Seitenhiebe nach der linken Seite fügte er hinzu, das Haus wäre beschlussfähig gewesen, wenn nicht einige Mitglieder vor dem Aufruf ihres Namens den Saal verlassen hätten. Der Herr Präsident mag sich ärgern über die Säumigkeit der Mitglieder — das ist sein gutes Recht — aber der Seitenhieb war verfehlt. Es sei hier ausdrücklich constatirt, daß neun Zehntel unserer Genossen, die überhaupt im Reichstage anwesend waren, auch beim Namensaufruf zugegen waren. Es fehlten zur Beschlussfähigkeit noch ganze wohlgeordnete 33 Abgeordnete, die

von unserer Fraktion, wäre sie auch vollzählig dagewesen, nicht hätten aufgebracht werden können. Kurz bevor der Namensaufruf vollendet war, hallte der Saal von einem lauten Krach wider. Ein ziemlich großer dunkler Gegenstand war von der Tribüne in den Saal geflogen und bestiet auf ein Pult in der letzten Reihe rechts von der Mitte des Saales niedergefallen. Auf der Tribüne hörte man Rufe wie: „Rachol, die erste Bombe!“ Auch der Präsident erhob sich spähen von seinem Sitze. Einige Abgeordnete hoben den Gegenstand auf — es war ein großer schwarzer Krimstecher. Er machte noch eine Weile die Runde durch die Hände der Abgeordneten, einzelne musterten ihn so genau, als glaubten sie nur eine Altrappe, die vielleicht doch mit Dynamit gefüllt sein könnte, vor sich zu haben. Ganz in der Nähe des Unfallstells saß der Abgeordnete Hlwardt, dem der Dperngücker leicht hätte auf den Kopf fallen können. Edele Theile wären freilich auch dann nicht verletzt worden.

29. Sitzung.

Dienstag, den 5. Februar.
Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. v. Böttcher.

Zur Berathung steht zunächst der Bericht der Geschäftsordnungs-Commission zu den Anträgen Schmidt-Elsfeld (freis. Volksp.) und Gröber (Centr.) betr. Abänderung der Bestimmungen der Geschäftsordnung über die Reihenfolge der Initiativanträge.

Die Commission (Referent Abg. Gamp-Reichsp.) beantragt folgende Bestimmung anzunehmen:

„Die von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträge kommen in der Reihenfolge zur Verhandlung, in welcher sie eingegangen sind. Alle Anträge, welche innerhalb der ersten zehn Tage einer Session eingebracht sind, gelten als gleichzeitig eingebracht. Ueber die Reihenfolge der Berathung gleichzeitig eingebrachter Anträge hat der Präsident sich mit dem Hause zu verständigen. Erfolgt eine Verständigung nicht, so entscheidet das durch den Präsidenten zu ziehende Loos. Gesetzentwürfe behalten ihre Priorität bis zu ihrer Schlussberathung; die zweite und dritte Berathung hat mithin, soweit sie zur Verhandlung im Plenum vorbereitet ist, vor denjenigen Anträgen stattzufinden, welche in der Reihenfolge der ersten Berathung diesen Gesetzentwürfen nachgestanden haben. Die Petitionen gelangen in derjenigen Reihenfolge zur Berathung, in welcher sie zur Verhandlung im Plenum vorbereitet sind. Eine Entzerrung von der Stelle der Tagesordnung, welche den von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträgen und den Petitionen nach der Priorität gebührt, kann nur beschlossen werden, wenn nicht bei Anträgen von dem Antragsteller und bei Petitionen von 30 Mitgliedern widersprochen wird.“

Der Commissionsantrag wird debattelos angenommen.

Es folgt die Berathung des folgenden Antrages der freisinnigen Volkspartei (Abgg. Aender u. Gen.):

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstages in der nächsten Session das im § 6 des Reichswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 vorgesehene Reichsgesetz über die Abgrenzung der Wahlkreise vorzulegen und bei der Neu-eintheilung der Wahlkreise die seit 1867 veränderten Bevölkerungsverhältnisse in angemessener Weise zu berücksichtigen.“

Zur Begründung des Antrages bemerkt: Abg. Dr. Hermes (freis. Volksp.): Seit Erlaß des

musikalischer Gesänge, die ihm geboten werden, so dankbar, welche bildender, veredelnder Einfluss konnte erst ausgeübt werden, wenn man sich die Mühe gäbe, die in dieser empfänglichen Masse schlummernden Talente zu wecken, sie durch Unterricht zu schulen, durch Ermöglichung häufigen Besuches guter Musik-Aufführungen den Geschmack zu bilden und auch das Urtheil zu schärfen.

Das bischen Gesangsunterricht, das in den Volks- und Bürgerschulen gewöhnlich von Leuten erteilt wird, die weder Musiker noch Gesangstechniker sind, und das sich meistens auf das Einpaucken frommer, loyaler und patriotischer Lieder ohne jeglichen Kunstwerth beschränkt, dient höchstens dazu, die jugendlichen Stimmen zu verberben, den Kindern die Milch der frommen Dentungs-art einzuflossen und ihnen „patriotische Gesinnung“ beizubringen.

Ein Clavier anzuschaffen und einem talentirten Knaben rationalen Musikunterricht erteilen zu lassen, dazu reichen die Mittel eines Arbeiters, ja der meisten Kleinbürger nicht aus.

Berständnis für gute, werthvolle Musik erweibt man sich aber nur, wenn man sie singend oder musizierend selbst pflegt oder doch häufig genug zu hören bekommt. Wie viele Arbeiter aber waren schon bei einem philharmonischen oder Gesellschaftsconcert? Wie viele bei einem Liederabende? Ja, wie viele von den Hunderttausenden waren schon in der Oper?

Warum nicht in der Oper? könnte man einwenden. Wenn schon nicht in unsere vornehmen Concertsäle, wo

Geetzes von 1869 hat sich die Bevölkerung Deutschlands um mehr als 10 Millionen vermehrt. Die Vermehrung war aber keine gleichmäßige, sie trifft hauptsächlich die großen Städte und die Industriezentren. Dadurch ist eine Verschiebung des Wahlrechts eingetreten. Wir haben Wahlkreise mit nur 8000 Wahlberechtigten und wiederum eine ganze Anzahl mit 70,000 und mehr. Wir wollen aber den Charakter des gleichen Wahlrechts sichern. Auf dem Wege einer Vermehrung der Zahl der Abgeordneten ist dies nicht mehr möglich, da man auf eine solche beim Bau des neuen Reichstagshauses nicht Rücksicht genommen hat. Es bleibt also nur der von uns vorgeschlagene Weg. Wir tragen damit zahlreichen Wünschen aus Wählerkreisen Rechnung und bitten Sie, denselben anzunehmen.

Abg. Tuhauer (Soc.): Wir werden für den Antrag Ander stimmen, weil er schwer empfundenen Missetänden ein Ende machen will. Die Klagen über solche sind so alt wie das Gesetz von 1869. Sofort nach dessen Inkrafttreten drang Abg. Twesten auf ein neues Reichswahlgesetz. Andere haben die Anträge später wiederholt. Der Antrag Ander geht uns freilich nicht weit genug. Wir wünschen die Einführung des Proportionalwahlrechts, damit den Minoritäten eine angemessene Vertretung gesichert wird. Damit würde auch die Ungleichheit der Wahlkreise ausgeglichen. Diese Ungleichheit hat das Reichstagswahlrecht geradezu zu einem Klassenwahlrecht gestaltet. Die Bewohner des platten Landes und der kleinen Städte sind bevorzugt, die der großen Städte benachtheiligt. Aber auch deshalb empfiehlt sich die Annahme des Antrages Ander, damit es uns erspart bleibt, daß die Behörden weiterhin willkürliche Abänderungen der Wahlkreise vornehmen.

Abg. Richter (freis. Vereinig.) befragt gleichfalls den Antrag Ander.

Im Schlußwort beantragt Abg. Richter (freis. Volksp.) mit Rücksicht auf die schwache Befetzung des Hauses die Abstimmung für heute auszusetzen.

Die Abstimmung wird demnach ausgesetzt. Es folgt die erste Berathung des folgenden Antrages des Abg. Dr. Bachnick u. Gen. (freis. Vereinig.):

„In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgegangene Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.“

In Verbindung mit 1. einem Antrage Aender u. Gen. (freis. Volksp.), nach dem die Vertretung aus allgemeinen, gleichen und directen Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangen sein muß; 2. einem Antrage Auer u. Gen. (Soc.) der außerdem das Wahlrecht allen über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes zuerkennen will.

Zur Begründung seines Antrags weist

Abg. Dr. Bachnick auf die abnormen Verhältnisse Mecklenburgs hin, das allein noch keine Volksvertretung besitzt, also neben der Türkei und Rußland als absolute Staat dastehe. Nach der Verfassung solle Gleichheit vor dem Gesetze herrschen. In Mecklenburg aber blühten noch die schönsten Standesunterschiede. Rittergutsbesitzer und Bürgermeister seien die berufenen Vertreter des Landes, die alle Jahre in Malchin für einige Tage zusammentraten. Das Volk aber könne seine Interessen in Mecklenburg gar nicht zur Geltung bringen. Die ersehnte Erfüllung hätten daher so allgemein im mecklenburgischen Volke gehegte Wünsche wie die nach anderweiter Regelung des Erbrechts, auf Schaffung eines Widschadengesetzes, nach Vermehrung des häuerlichen Besitzes, nach einer einheitlichen Regelung des Schulwesens und vor allem nach einer gründlicheren Ausbildung und besseren Besoldung der Schullehrer, die nicht einmal ein geregeltes Kündigungsrecht hätten, noch immer nicht gefunden. Auch die Verhältnisse des höheren Schulwesens seien höchst unregelmäßig, und man habe sie auch angestrebt; freilich ohne Erfolg

die billigste Karte zu klassischen Concerten in der Regel unerschwinglich theuer ist, so wäre doch ein Galeriebillet im Theater erschwänglich.

Ja, wenn es mit der Geldeistung allein abgethan wäre! Aber derjenige, der sich einen halbwegs günstigen Platz auf der Galerie erobern will, muß sich schon einige Stunden vor der Kassenöffnung „anstellen“, sehr rasch über die Treppen laufen können und mit den Localverhältnissen dieses nur für die vornehme Gesellschaft gebauten Hauses sehr vertraut sein. Denn wenn einer bei einer gangbaren Oper auch sehr zeitig auf die Galerie kommt, findet er sich einer Menschenmauer — von ihrer dunkelsten Seite aus betrachtet — gegenüber, in die einzubringen und dadurch einen Ausblick auf die Bühne zu gewinnen, nur sehr gewandten und rücksichtslosen Leuten gelingt. Dem glücklich Eingedrungenen wird die Aussicht auf die Bühne durch die in den vorderen Reihen Sitzenden erschwert. Er kann froh sein, wenn er den ganzen Abend hindurch ein Stückchen Bühne mit einem Verjoshück und ein paar „Herren und Damen vom Chor“ zu Gesicht bekommt. Und mit dem Hören hat es eine ähnliche Verandtniß. Die fortwährenden atrobatenmäßigen Demuthungen der aneinandergerepften Menschenmenge, etwas von den Vorgängen auf der Bühne zu erfassen, lassen jene Ruhe und Behaglichkeit nicht ankommen, die zum reinen Genusse eines musikalischen Kunstwerkes notwendig sind. Der Galeriebesucher verläßt den Kunsttempel mit erschöpften Geir, Rücken- und Knöchelmüden, die ihn noch einige Tage an den ausgebliebenen Kunstgenuss

Die musikalischen „Genüsse“ des Proletariats.

Von keiner Kunst sind die höchsten Leistungen ihrer Gattung dem besiglosen Volke so unzugänglich, wie von der Musik. Die Meisterwerke der Baukunst stehen auf den Straßen und Plätzen; die Werke der bildenden Kunst kann man in Museen und Gallerien umsonst, sowie in den Ausstellungen an Sonn- und Feiertags-Nachmittagen zu mäßigen Preisen genießen; die Werke unserer großen Dichter sind nunmehr in spottbilligen Ausgaben weiteren Kreisen erschlossen. Aber in der edlen Musik ist der Arme auf die in Vergnügungs-Etablissements und Gasthäusern stattfindenden Productionen dürtlig besetzter Civil- oder lärmender Militär-Capellen, auf mit unzulänglichen materiellen oder künstlerischen Mitteln arbeitende Gesangsvereine angewiesen. Ein Haydn'sches Streichquartett, eine Beethoven'sche Symphonie, ein Handel'sches Oratorium, eine Bach'sche Cantate, eine Mozart'sche, Weber'sche oder Wagner'sche Oper kennt die große Masse des Volkes kaum dem Namen nach, geschweige durch eigenes Hören. Und es wäre doch viel Sinn dafür vorhanden! Wissen wir doch aus Erfahrung, welche Liebe, welchen Fleiß unsere Arbeitergesangsvereine dem Studium guter Gesänge widmen, wie schön sie herausgebracht und mit welcher Begeisterung sie von dem musikalisch ungebildeten Auditorium aufgenommen werden. Zeigt sich schon heute das „ungebildete, niedere Volk“ für die mageren

